

# Rieser Tageblatt



und Anzeiger (Elbeblatt und Anzeiger).

Drahtschlüssel: Tagesblatt Riesa,  
Genuss Nr. 20.

Dieses Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Großenhain,  
des Amtsgerichts und des Rates der Stadt Riesa, sowie des Gemeinderates Gröba.

Postfachkonto: Leipzig 21906,  
Grotzasse Riesa Nr. 52.

Nr. 47.

Freitag, 25. Februar 1921, abends.

74. Jahrg.

Das Rieser Tageblatt erscheint jeden Tag abends 7 1/2 Uhr mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. Bezugspreis, gegen Vorauszahlung, monatlich 4.— Mark, ohne Porto, bei Abnahme auf 3 Monate 11.— Mark, auf 6 Monate 21.— Mark, auf 12 Monate 40.— Mark. Einzelhefte 1.— Mark. Die Abnehmer sind verpflichtet, die Zeitungsbestellung rechtzeitig zu erneuern. Die Redaktion ist nicht verantwortlich für die Meinungen der Mitarbeiter. Die Redaktion ist nicht verantwortlich für die Meinungen der Mitarbeiter. Die Redaktion ist nicht verantwortlich für die Meinungen der Mitarbeiter.

## Feld-Verpachtung.

Samstag, 27. Februar 1921, nachm. 2 Uhr werden im Gasthof zum „Etern“ in Reithain die der Gemeinde gehörigen Feldgrundstücke, sowie ein Teil des Spritzenhauses auf weitere 6 Jahre meistbietend verpachtet.  
Reithain, am 25. Februar 1921.

Der Gemeindevorstand.

## Anzeigen

für die abends erscheinende Ausgabe des Rieser Tageblattes werden bis spätestens früh 7 1/2 Uhr (möglichst tags zuvor) erbeten. Geschäftsstelle des Rieser Tageblattes, Goethestr. 59.

## Derliches und Sämliches.

Riesa, den 25. Februar 1921.

— Elternversammlung in der Oberrealschule. Gestern nachmittags 4 Uhr fand in der Aula der Oberrealschule eine Elternversammlung statt, die erfreulicherweise sehr zahlreich besetzt war. Der Oberstudiendirektor Dr. Streit begrüßte die Erschienenen und gab unter anderem auch bekannt, daß anstelle des leider krank verstorbenen Mitglieds des Elternrats, Herrn Mühlendirektor Brendel, ein neuer Vertreter zu wählen sei. Er erteilte dann das Wort Herrn Sanitätsrat Dr. Festner zu einem Vortrag über die Ausflüchte, die das Studium der Medizin im Ausland bietet. Festner erklärte einleitend, daß mit der Auswanderung, sich über das genannte Thema zu äußern, gleichzeitig ein dringender Wunsch des Vereins der Amtshauptmannschaft Großenhain erfüllt werde, und entwarf ein allerdinges recht trübes Bild von den Ausflüchten, die dem Abiturienten sich bieten, der das Studium der Medizin im Ausland beabsichtigt. Es praktizieren jetzt in Deutschland 30 000 Ärzte, zu denen noch immerfort aus Ost- und Westpreußen viele ehemalige Sanitäts-offiziere treten. Der Abgang der über 65 Jahre alten Ärzte ist minimal, da die Finanzlage der Zeit nur wenigen gestattet, von den Rufen eines erarbeiteten Kapitals zu leben. So wird unweiliger der Konkurrenz immer stärker werden. Dennoch dauert der Zugang zum medizinischen Studium noch immer an. Ihm enthält zu tun, wird eine fünfjährige Schlichtung der Unversität erlangen und die Einführung des numerus clausus für Ärzte. In jedem Fall, so schloß der Redner, sind die Aussichten sehr trübe, und die Graduation des medizinischen Studiums einem jungen Mann aus erblicher Notwendigkeit. — Darauf hielt Herr Studienassessor Wittig einen Vortrag über das Thema: „Inwiefern paßt sich unsere Oberrealschule den modernen Reformbestrebungen an?“ Redner begann damit, daß es der Lehrerschaft der Oberrealschule am Herzen liege, die Bedeutung, die in den letzten Jahren dem Unterrichtsreformvortrag, der für die Riesa die Ziele des Bundes entschiedener Schulreformer entwickelte, aufzufassen sein mögen, ob nicht auch unsere Oberrealschule in dem Fahrenwasser der alten, von den Schulreformer schon bestimmten Höheren Schule stehe. An der Auffassung vorzugeben, daß unsere Oberrealschule evolutionenunfähig sei, daß vielmehr eine ganze Anzahl der von den Entscheidenden Schulreformer geforderten Punkte bei uns verwirklicht sei, der Verwirklichung nahe sind, gälten des Redners Ausführungen, die an dieser Stelle nur angedeutet werden können. Auf körperliche Durchbildung legt die Schule den größten Wert; außer den eingeführten Turnübungen und Wandertagen fördert sie jede sportliche Betätigung. Besonders scharf wandte sich der Redner gegen den Vorwurf der Standesschule. Aus allen Schichten der Bevölkerung rekrutieren sich unsere Schüler, und für das Vorkollegium ist die Pflege sozialer Gesinnung etwas Selbstverständliches, wie es in der Politisierung der Väter, die eine schwere Gewähr erblickt. Eine große Erziehungs-gemeinschaft zwischen Eltern, Lehrern und Schülern besteht auch bei uns. Die Forderung der Offenheit des Unterrichts glauben wir ablehnen zu müssen. Auch bei uns soll das Schwergewicht in die Unterrichtsstunden gelegt werden, aber die Abkündigung der in hohem Maße willensbildenden Hausarbeiten und Prüfungsarbeiten lehnen wir ab; ebenso lehnen wir ab die Abkündigung der Oberstufe, empfehlen aber eine teilweise Differenzierung der Fächer. Redner verbreitete sich dann über die Handhabung des Deutsch- und Geschichtsunterrichts an der Oberrealschule. Das außer einem intensiven Zeichenunterricht — auch Kürzezeichen — auch Wertunterricht eingehend ist, bemerkt, daß die Oberrealschule auch in dieser Beziehung mit der Zeit fortzuschreiten. Die Lehrerschaft, so schloß der Vortragende, ist sich wohl bewußt, daß Stillschanden und Fortschritt bedeuten, und sie strebt nach Fortschritt innerhalb der durch das Gesetz gezogenen Schranken. — Den 8. Punkt der Tagesordnung bildete eine Besprechung des im Stadtparlamentkollegium gestellten Antrags auf Abreise nach der Sexta und Quinta von der Oberrealschule. Herr Oberstudiendirektor Dr. Streit führte an der Hand eines vom Kollegium der Oberrealschule auf Ansuchen des Rates verfaßten Gutachtens aus, daß die Reichsschulinspektion zwar die Bildung einer sechs-klassigen Grundschule nachgelassen habe, daß es aber höchst bedenklich sein würde, wenn man an einer wie unsere Oberrealschule in der Entwicklung stehenden Schule den Versuch machen wollte. Man würde nach Abtrennung von 4. und 5. wieder verschulungsklassen schaffen und dadurch das Prinzip der Einheitschule vernichten. Ferner sei eine Abwanderung der auswärtigen Schüler zu befürchten, deren jetzt 148 aus 51 Orten unter Oberrealschule befinden, denn an die Erziehung des geistlichen Kindes sei nicht zu denken, wenn die Oberrealschule ihre Schüler fast 9 Jahre nur 7 in der Hand hat. — Dieselbe Sorge um die ungestörte Entwicklung unserer jungen Oberrealschule kam auch, nachdem Herr Oberstudiendirektor Dr. Streit geschlossen, in den Neuherungen mehrerer Schülerwörter zum Ausdruck, unter denen der Hinweis darauf, daß die Wechselschule Riesa nicht uninteressant sei an der Blüte der Kultur, wohl zu beachten sein dürfte. — Nach 2 1/2 stündiger Dauer wurde die Elternversammlung durch den Vortragenden geschlossen mit dem Wunsch, daß auch die nächste ein solches Interesse bei der Elternschaft finden möge.

— Meterverein Riesa und U. a. Die in der Hauptversammlung am 17. d. M. vorgenommenen Wahlen der Bezirksvertreter des Schlichtungsausschusses und der Rechnungsprüfer hatten folgendes Ergebnis: Bezirksvertreter: Bezirk 1 (Rechte Seite Schillerstraße) und deren linke Seite Herr Bergmann, Rappier Str. 39; Bezirk 2 (rechte Seite Schillerstraße bis mit linke Seite Schulstraße) Herr Mühlberg, Mühlbergstr. 9; Bezirk 3 (rechte Seite Schulstraße bis mit linke Seite Bauhauer Straße) Herr Brühl, Bismarckstraße 21; Bezirk 4 (rechte Seite Bauhauer Straße bis mit linke Seite Carolstraße) Herr Bamel, Goethestraße 82; Bezirk 5 (rechte Seite Carolstraße bis mit linke Seite Mühlbergstraße) Herr Witschack, Kaiser-Wilhelm-Platz 2; Bezirk 6 (rechte Seite Mühlbergstraße bis Ende) Herr Hoppe, Am Dolaboh; Bezirk Neuweida (Süd) (links der Haupt- und Riesaer Straße in Richtung Riesa—Ost) Herr Hünkel, Südstraße; Bezirk Neuweida (Nord) (rechts der Haupt- und Riesaer Straße) Herr Hoyer, Riesaer Straße 18. Schlichtungsausschuss: Herr Gummig, Frau Thielmann, Frau Krosch, Rechnungsprüfer: Die Herren Lauer und Kocher. Vorstandsmitglieder, Bezirksvertreter, Schlichtungsausschuss und Rechnungsprüfer bilden den nach den Statuten vorgeschriebenen „Erweiterten Vorstand“. Heute abend 7 1/2 Uhr findet im Wettiner Hof, Riesa, Vortrag des Herrn Baumeister Seidler, Dresden über „Mietvertrag, Reichsmietengesetz und Grundsteuer“ statt, worauf nochmals hingewiesen wird.

— Tiere als Eltern. Der Presseausdruck des D. V. Ostpr. Riesa, schreibt uns: Am vergangenen Dienstag hatten sich zahlreiche Mitglieder mit ihren Angehörigen an dem Vortrag des Herrn Prof. Dr. Neumann über Tiere als Eltern eingeladen. An etwa 170 farbigen Lichtbildern, geradezu künstlerisch reizvoller Art, zeigte der Vortragende die bei allen Tieren oft so überraschend angemessenen Triebhandlungen, die auf die Artverehrung abzielen als Brutpflege der Eltern in Erscheinung treten. Unter Führung des Vortragenden mit seiner formvollendeten und doch allgemein verständlichen Redeweise wanderten wir andächtig einige Stunden im großen Saal der Natur Seite um Seite herum. Das war der sprudelnde Quell der reinen Wissenschaft, an dem wir uns nach all den vielen Sorgen um die Wirtschaftsfragen der Gegenwart wieder einmal laden konnten. Wir danken dem Herrn Vortragenden, daß er uns diese Weisheiten schenkte und hoffen ihn bald wieder einmal bei uns als Führer ins Reich der Natur begrüßen zu können.

— Kirchliches. Die Innere Mission, dieses gelegentlich kritische Liebeswerk, das sich in harter Not befindet, ruit zu einer Notlage aus, die hoffentlich auch in der hiesigen Gemeinde offene Herzen und Hände finden wird. Zur Aufklärung über diese Not soll nächsten Sonntag nachm. 6 Uhr (siehe die Kirchennachrichten) in der Triinitatisstraße ein Predigtvortrag gehalten werden, der durch Vorträge des Dresdener Jungmännervereins, Vorkammergebietes eingerahmt werden soll. Näheres ist schriftliche Gemeindeglieder dazu einfließen.

— Der Rieser Automobilklub vor Gericht. Eine zweiteilige Sonderinstanz hielt die fünfte Strafkammer des Dresdener Landgerichts ab, um gegen den 50 Jahre alten Landwirt Karl Edmund W. aus Mühlberg und fünf Genossen wegen eines Automobildiebstahls zu verhandeln. W. war nicht, esch eines Automobildiebstahls auch der zweite Genosse, der 37 Jahre alte F. E. Her Gustav Gothel W. aus Mühlberg, er befindet sich angeblich wegen Schleichhandels beim Landgericht Torgau in Untersuchungshaft, gegen beide Angeklagte wird später getrennt verhandelt werden. Im übrigen richtete sich die umfangreiche Anklage gegen den Kraftwagenfahrer Jozef Krur J., den 19 Jahre alten Schloßer Alfred Rudolf Schil., den Grundbesitzer, Herr Fr. v. d. Ernst Kr. und den Baugeschäftsmann Richard W. W., der letztere aus Dreyen-Pfischen, die übrigen vorerwähnten Angeklagten aus Riesa. Von den Angeklagten stand J. Ende 1919 bei einem Truppendienst in Riesa als Kraftwagenführer, er wurde damals kurz vor Weihnachten mit dem Landwirt W. u. Fieischer W. in Mühlberg bekannt, die Rede kam dabei darauf, daß der von ihm gekaufte Wagen, dessen Wert auf 30 000 Mark geschätzt wurde, zu verkaufen sei. Einige Tage darauf wurde J. in der Bismarckstraße aufgegriffen, als Kaufmann wurden 18 000 Mark vereinnbart. Über Weihnachten fuhr J. auf Urlaub, er hängigte dem Schloßer Schil. einen Schlüssel aus, der zum Gerätepark der Bismarckstraße diente. Am 31. Dezember kostete Schil. den Wagen ab, brachte ihn zu einem der anderen Angeklagten, und beehrte dann an Neujahrstage 1920 das Auto nach Kleinmachwitz. Dort kam der Verkauf nicht zum Abschluß, weil die Ausweispapiere nicht in Ordnung waren, auch ein anderer Verkehr mißglückte. Schließlich wurde das ganze Auto auseinander genommen und in einzelnen Teilen getrennt verkauft. Zur Aufklärung des bewickelten Sachverhaltes waren eine große Anzahl Zeugen aus der Gegend von Riesa und Mühlberg geladen. Nach dem Ergebnis der zweiteiligen Verhandlung und Beweisaufnahme wurden J. zu 10 Monaten, Kr. zu 8 Monaten Gefängnis, beide außerdem zu je 3 Jahren Ehrenreuestrafe, ferner Schil. zu 5 Monaten und W. zu nur 2 Monaten Gefängnis verurteilt.

— Angliederung der Sondergerichte an die ordentlichen Gerichte. Der Sächsische Ge-

meinderat hat bei der Regierung beantragt, daß die Kaufmann-, Gewerbe- und sonstigen Sondergerichte ein-stufiglich der Kreisverwaltungsämter, soweit sie zurecht den Gemeinden übertragen sind, den ordentlichen Gerichten zugewiesen werden. Die Gemeinden bezeichnen die An-trag mit ihrer finanziellen Forderung und damit, daß die Ausübung der Sondergerichtsbarkeit mit den Aufgaben der Gemeinden im Grunde nichts zu tun haben.

— Die sächsische Industrie zur Frage der Schaffung eines mitteldeutschen Wirtschaftsverbandes. In der am 17. Februar d. J. abgehaltenen Sitzung des Gesamtverbandes des Verbandes Sächsischer Industrieller fand auch eine Ansprache über die für die vorbereitende Gründung eines mitteldeutschen Wirtschaftsverbandes statt, dessen Ziel bekanntlich darin besteht, die Bildung eines mitteldeutschen Wirtschaftsverbandes, dem auch Sachsen angeschlossen sein soll, herbeizuführen. Der Vorstand sah davon ab, eine bestimmte Stellung ein-zunehmen. Nach seiner Ansicht bedarf es gründlicher Prüfung der Vorfrage und der vorläufigen Festlegung der neuen wirtschaftlichen Grenzen auf die sächsische Industrie durch die Landesregierung unter Mitwirkung der Kreise aller Interessen, ehe so weitgehende Änderungen in der wirtschaftlichen Struktur vorgenommen und die Lösung der engen Wirtschafts- und Verkehrsbeziehungen, die Sachsen mit den übrigen deutschen Provinzen, nicht nur mit dem mitteldeutschen Wirtschaftsverband, sondern durch-gesetzt wird. Der auf der Gründungsversammlung er-gewählte Plan, nur den westlichen Teil Sachsens in den Wirtschaftsverband einzubeziehen, scheint nach Ansicht des Vorstandes aus der ernsthaften Diskussion über den Aus-bau der Grundgedanke der Gruppierung des Wirtschafts-gebietes um die mitteldeutsche Beckenfläche kann für die Entscheidung Sachsens nicht ausschlaggebend sein, da Sachsens Industrie auch von anderen Abhängigkeiten, ins-besondere auch von dem böhmischen abhängt.

— Die schwache Stellung der sächsischen Parlamentsmehrheit. Nach der letzten Regierungsbildung in Sachsen schrieb das mehrheitslos gewählte Landtag-Organ, die „Sächsische Presse“ u. a.: „Über eine solide Grundlage ist für sie (die eben gebildete Regierung) nicht vorhanden. Die Kommunisten brauchen nicht einmal gegen die sozialistische Regierung zu stimmen, sondern es genügt, die bloße Abwesenheit von ein paar von ihnen, um diese Regierung zu Falle zu bringen. Diese Regierung ist beständig auf einem Pulverfaß.“ Diese Ansicht hat sich in den beiden letzten Sitzungen des Landtages be-stätigt, in denen beide Male ein bürgerlicher Widerstands-antrag mit 1 Stimme Mehrheit angenommen wurde, wo-durch die schwache Stellung der jetzigen Parlamentsmehr-heit, wie auch der sozialistischen Regierung gekennzeichnet wird.

— Unterstützungsgesuche für Babelaren in Bad Eiser. Die Gesuche sind im Gegenab zum Vorjahre bei den zuständigen Wohlfahrtsämtern ein-zureichen. Der Bescheid eines ärztlichen Zeugnisses be-darf es zunächst nicht. Alles Nähere ist aus der Bekannt-machung des Ministeriums des Inneren in Nr. 12 der Sächsischen Staatszeitung vom 20. 2. 1921 ersichtlich. Die dem Ministerium des Inneren für das ganze Land zur Verfügung stehenden Mittel sind trotz der im Vorjahre von der Postkammer bewilligten Erhöhung infolge der Geldentwertung immer noch als gering zu bezeichnen. In-solange haben nur die Gesuche solcher Personen Aus-sicht auf Berücksichtigung, die einer Art zu Dienstwegen bedürftigen und besonders bedürftigen sind.

— Antrag auf Höherbewertung der Kriegsdienstzeit der Beamten. Die Deutsche Volkspartei hat im Landtag einen Antrag eingebracht, der die Regierung ersucht, sobald ein Gesetz vorläge, das nach dem Vorbilde Preussens die 1 1/2fache Anrechnung der während des Krieges geleisteten Beamtenleistungen auf die Pensionen der Staats- und Gemeindebeamten vorsieht.

— Die sächsischen Handelskammern zum Gewerbesteuerergesetz und Eisenbahner. Die letzte gemeinsame Tagung der sächsischen Handelskammern beschäftigte sich u. a. auch mit dem Entwurf des neuen säch-sischen Gewerbesteuerergesetzes, gegen welches schwere Be-denken erhoben wurden. Wenn die säch-sischen Handels-kammern trotz aller schweren Bedenken doch dem Entwurf ihre grundsätzliche Zustimmung nicht verweigern, so geht dies nur im Hinblick auf die finanzielle Not der säch-sischen Staaten. Des weiteren beschäftigte sich der Handels-kammerrat mit der Neuregelung der Zusammenrechnung des Eisenbahnerlozes in Dresden. Einstimmig wurde gegen die Verordnung des säch-sischen Finanzministeriums vom 20. 1. d. J. Einspruch erhoben, weil: den säch-sischen Eisenbahner in anderer Weise zusammenrechnet als bisher, wodurch besonders die säch-sischen Handelskammern aus eine Vertretung im Eisenbahnerat verdrängt werden müßten.

— Arbeiterzufahrtarten in Kraft. Während solche Karten bisher nur an Personen ausgeben werden durften, die mit mechanischen oder handarbeitlichen beschäftigt sind (Ar-beiter im engeren Sinne), sind künftig alle gegen Gehalt oder Lohn beschäftigte Personen (also auch Beamte und An-gestellte), ferner Beamtenamwörter, Lehrlinge und andere Berufs- und Ausbildungsbefähigte Personen zum Nutzen der